

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 25

Artikel: Nationaler Internationalismus : wo die KP Japans der KPdSU nicht mehr folgt
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wo die KP Japans der KPdSU nicht mehr folgt

Nationaler Internationalismus

Peter Sager zur ideologischen Komponente einer territorialen Frage

Ein bitterer Kampf zwischen den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Japans ist erstmals in aller Tiefe zutage getreten.

Die Auseinandersetzung geht um die sogenannten nördlichen Territorien, eine Gruppe kleiner Inseln nördlich von Hokkaido, die 1945 von der Sowjetunion besetzt wurden. Die japanische Regierung verlangt die Rückgabe dieser Inseln, und die Kommunistische Partei Japans (KPJ) ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Territorien der japanischen Souveränität unterstellt werden müssten.

Die besondere Bedeutung dieses nunmehr offenen Konfliktes liegt im Licht, den er auf die Führungsrolle der sowjetischen kommunistischen Partei wirft.

Vom Tadel via Stellvertreter . . .

Der Konflikt wurde erstmals sichtbar, als ein angeblich von einem argentinischen Delegierten am 12. Kongress der KPJ verfassten Artikel aus seiner argentinischen Zeitschrift in der sowjetischen, vom Zentralkomitee der KPdSU herausgegebenen Parteizeitschrift «Partijnaja Schis» nachgedruckt wurde. Der Argentinier hatte (siehe ZB 13 vom 26. 6. 1974) es als präzedenzlosen Fall bezeichnet, dass «auf dem Kongress der kommunistischen Partei eines kapitalistischen Landes der Auftrag über territoriale Forderungen an einen sozialistischen Staat gestellt wird».

. . . zur direkten Auseinandersetzung

Mitte September hat nun das Organ der KPJ, «Akahata», auf diese Vorwürfe geantwortet und erstmals den Inhalt einer geheimen Abmachung aus dem Jahre 1959 zwischen KPJ und KPdSU veröffentlicht. Nach dieser Abmachung sollen die sowjetischen Führer ihre japanischen Genossen im Glauben gelassen haben, dass die KPdSU zu einer künftigen Rückgabe der Nordgebiete bereit sein werde.

Ueberdies, so fügte «Akahata» bei, sei 1971 die japanische Auffassung der Abmachung von 1959 durch den KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew bestätigt worden, und zwar anlässlich des Moskau-Besuches vom KPJ-Vorsitzenden Kenji Miyamoto. Anlässlich seiner Rückkehr aus der UdSSR am 27. September 1971 hat Miyamoto eine diesbezügliche Erklärung abgegeben.

Die Japaner sind von der Richtigkeit ihrer Haltung überzeugt. Wenn Miyamoto 1971 die Abmachung von 1959 falsch ausgelegt habe, so hätte die Sowjetführung dies sagen können.

Offenbar wollte die sowjetische Parteiführung die japanische Partei nicht öffentlich kritisieren, um sich nicht dem Vorwurf der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Parteien auszusetzen. Aber ebenso offensichtlich wollte die KPdSU die japanischen Kollegen wissen lassen, dass sie von der Moskauer Linie abgewichen

seien. Daher benutzte sie den Artikel eines argentinischen Kongressdelegierten. Dieses Manöver liegt so klar auf der Hand, dass die Japaner nun den Sowjets vorwerfen, den betreffenden Artikel selber geschrieben zu haben, und auch für dessen Verbreitung zu sorgen. Inzwischen ist er nämlich schon in Indien und Oesterreich nachgedruckt worden.

Die Amerikaner haben Okinawa zurückgegeben. Und was tun die Sowjets?

Die Führung der KPJ weiss nun zu genau, wie opportunistisch die sowjetische Haltung bezüglich der Nordgebiete ist. Gegenwärtig steuert Moskau einen harten Kurs. Bevor jedoch der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag 1960 revidiert wurde, machte die Sowjetführung mehrmals vage Versprechungen bezüglich der Rückgabe der Nordgebiete an Japan. Zweck dieser Versprechungen war es, die KPJ in ihrer Gegnerschaft gegen die Beziehungen zu den USA zu stärken.

Nachdem aber die USA Okinawa an Japan zurückerstattet hatten, gelangte die KPJ ins Ram-

penlicht. Denn nun war die Reihe an der Sowjetunion; Regierung und Volk verlangten um so stärker die Rückgabe der Nordgebiete.

Die KPJ setzt sich nach wie vor für die Aufhebung des japanischen Vertrages mit den USA ein. Und die KPJ dürfte ihre Hand mit im Spiele gehabt haben, als Präsident Ford kürzlich Tokio einen Besuch abstattete und von unfreundlichen Demonstranten empfangen worden ist. Aber das löst die Probleme zwischen KPJ und KPdSU keineswegs.

Die KPdSU befindet sich tatsächlich in einer heiklen Lage. Zuzugeben, dass sie 1959 eine Abmachung über die Nordgebiete mit der KPJ schloss, hiesse auch zugeben, dass die KPdSU nicht nur die Innen-, sondern auch die Aussenpolitik der Sowjetunion kontrolliert. Die Abmachung, deren Inhalt nun durch die KPJ veröffentlicht worden ist, zu bestreiten, würde kaum einen denkenden Menschen überzeugen.

Der recht zynische Ausweg der KPdSU, durch einen vorgeschobenen Dritten, einen Argentinier, den japanischen Genossen die Leviten lesen zu lassen, macht nun allerdings manchem weiteren Kommunisten klar, dass den Abmachungen mit der KPdSU wenig Vertrauen geschenkt werden kann. Und einige Führer anderer Parteien könnten sehr leicht auf den Gedanken kommen, ihre Abmachungen mit der KPdSU im Lichte von deren Unzuverlässigkeit zu überprüfen.

Wie kommt es, dass die Führung der KPdSU das Risiko eingeht, auf solche Weise das Vertrauen aufs Spiel zu setzen, das ausländische Genossen noch haben mögen? Die einzige Antwort, die sich bis heute im Falle der japanischen Nordgebiete angeboten hat: Moskau und die KPdSU sind weniger an Vertrauenswürdigkeit interessiert denn an schierer Macht. ■

Vom Glauben in der dortigen Welt

Publikationen zu Religionsfragen in der Sowjetunion

Nadeshda Theodorowitsch: «Religion und Atheismus in der UdSSR. Dokumente und Berichte.» Verlag Claudius, München 1970, 328 Seiten, Fr. 23.30

Eine sehr reichhaltige Sammlung von Material zur Lage der Gläubigen verschiedener Bekenntnisse in der Sowjetunion liegt hiermit vor (sie hat ihre volle Aktualität behalten!). Die Autorin konfrontiert den Leser nicht nur mit zahlreichen Zitaten aus offiziellen sowjetischen Quellen sowie aus dem religiösen Sektor des Samisdat, sondern gliedert das Material, fasst zusammen, erläutert in kürzeren Artikeln die Hauptsache. Frau Dr. Theodorowitsch kann sich dabei auf ihre jahrelange Forschungstätigkeit stützen, früher im Münchener «Institut zur Erforschung der UdSSR», an dem sie die Abteilung «Religion und Atheismus» leitete, seit dessen Einstellung im Rahmen einer selbständigen Redaktion, die weiterhin ein monatliches Informationsbulletin

herausgibt. Diese bilden die Grundlage zu ihrem Buch.

Auf die Darstellung der rechtlichen Lage (*Trennung von Kirche und Staat; Religionsfreiheit*) und der dazu in Widerspruch stehenden innenpolitischen Wirklichkeit folgt eine Reihe von Untersuchungen über die *atheistische Propaganda*. Vor ihr sind nicht nur die christlichen Glaubensgemeinschaften betroffen, sondern sehr massiv auch «von Anfang an, seit dem Umsturz im Oktober 1917» die jüdische Religion. Ein 1963 erschienenes Buch «Judaismus ohne Schminke» von T. Kitschko, «das offensichtlich einen antisemitischen und pogromstiftenden Charakter hat» (das wird mit Zitaten belegt), «wurde von den kommunistischen Parteien des Westens stark kritisiert, daraufhin erfolgte in der UdSSR die erzwungene Verurteilung dieses Buches» (S. 78). Dies weist auf die Möglichkeit wirksamer westlicher Proteste hin, deren Vor-